Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"

Im Laufe des Jahres 1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Im September gründeten sich dazu mehrere Bürgerrechtsinitiativen, die die Staatssicherheit argwöhnisch beobachtete. Besonders im Fokus stand das Neue Forum.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen.

Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif." Von der Staatssicherheit wurden die Protagonistinnen und Protagonisten genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen ins Leben gerufen wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt". Zudem solidarisierten sich Liedermacher und Prominente aus der Rockmusikszene mit den Forderungen der Bürgerrechtsgruppen. Das war auch aus Sicht der Stasi "eine neue Qualität" des Vorgehens "feindlicher, oppositioneller Kräfte".

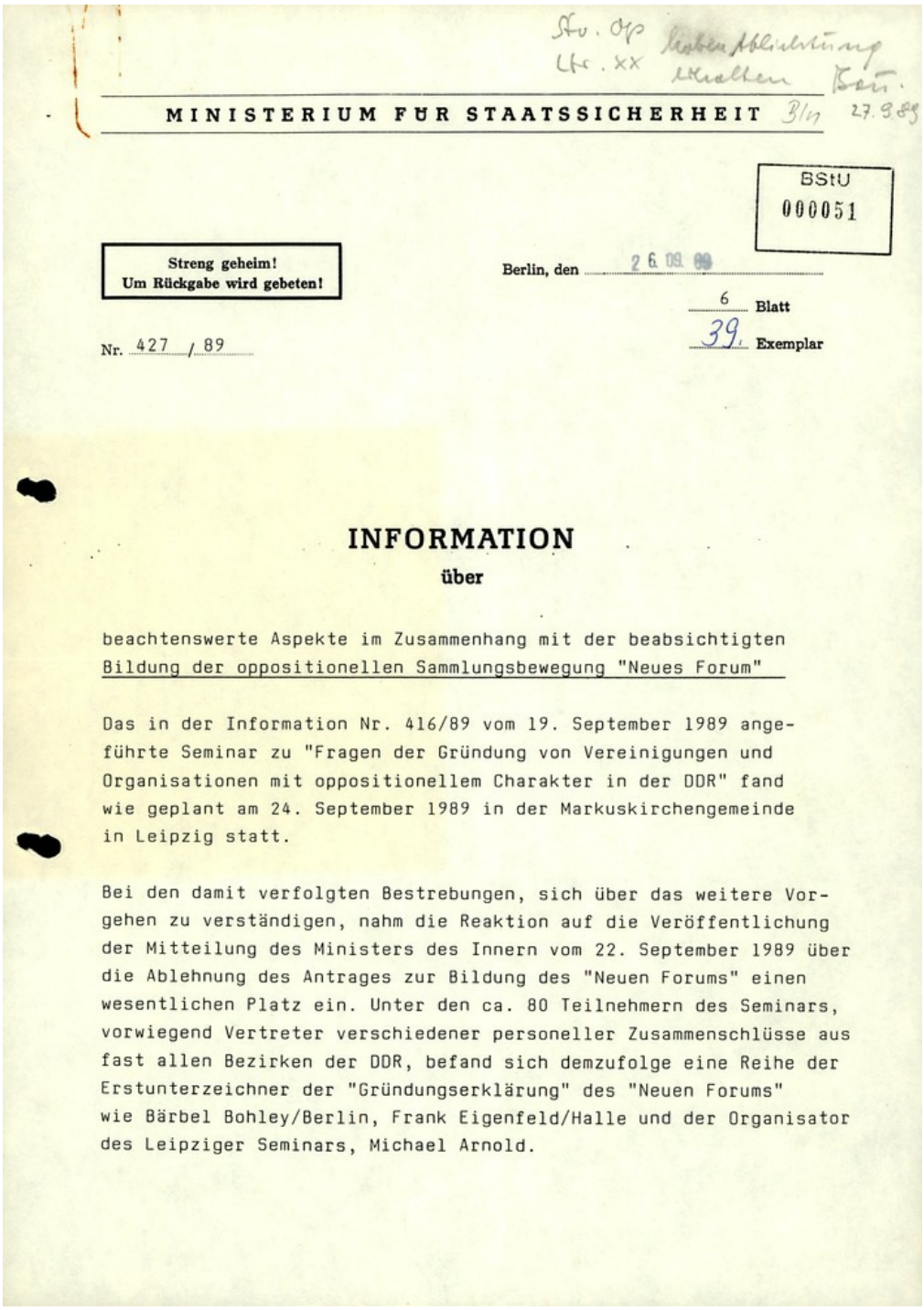
Die Initiatoren des Neuen Forums verstanden ihr Vorhaben mehr als Bürgerinitiative, denn als Organisationsgründung. Sie bemühten sich, eine Plattform für breitesten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Diktatur zu schaffen, auch einfache SED-Mitglieder sollten dafür gewonnen werden. Deshalb war ihr Aufruf relativ allgemein gehalten und betonte mehr die Anerkennung von Problemen und die Notwendigkeit eines offenen Dialogs, als dass er bereits politische Lösungen propagieren würde. Aus dem gleichen Grund bedienten sie sich eines legalistischen Verfahrens: Sie versuchen, das Neue Forum nach der Vereinigungsverordnung der DDR beim Innenministerium und in den Bezirken offiziell anzumelden. Am 21. September lehnte dies das Innenministerium mit der Begründung ab, es handle sich um eine "staatsfeindliche Plattform". Die Initiatorinnen und Initiatoren ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern legten mit Hilfe des Anwalts Gregor Gysi rechtlichen Einspruch ein. Für die Auseinandersetzungen und Demonstrationen der folgenden Wochen war damit ein symbolisches Thema gesetzt: "Neues Forum zulassen!" wurde zu einer zentralen Parole der Protestbewegung.

In der vorliegenden Information der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) geht es um ein Treffen des Neuen Forums am 24. September in Leipzig. Etwa 80 Personen aus der gesamten DDR kamen zu der Veranstaltung, um über ihr weiteres Vorgehen zu diskutieren. Außerdem berichtet die Staatssicherheit über die Bildung von Initiativgruppen des Neuen Forums in verschiedenen Orten.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Metadaten
Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
Datum: 26.9.1989
Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



Sto. Op
Ltr. XX

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000051

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 26.09.89

6 Blatt

39. Exemplar

Nr. 427 / 89

INFORMATION

über

beachtenswerte Aspekte im Zusammenhang mit der beabsichtigten Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung "Neues Forum"

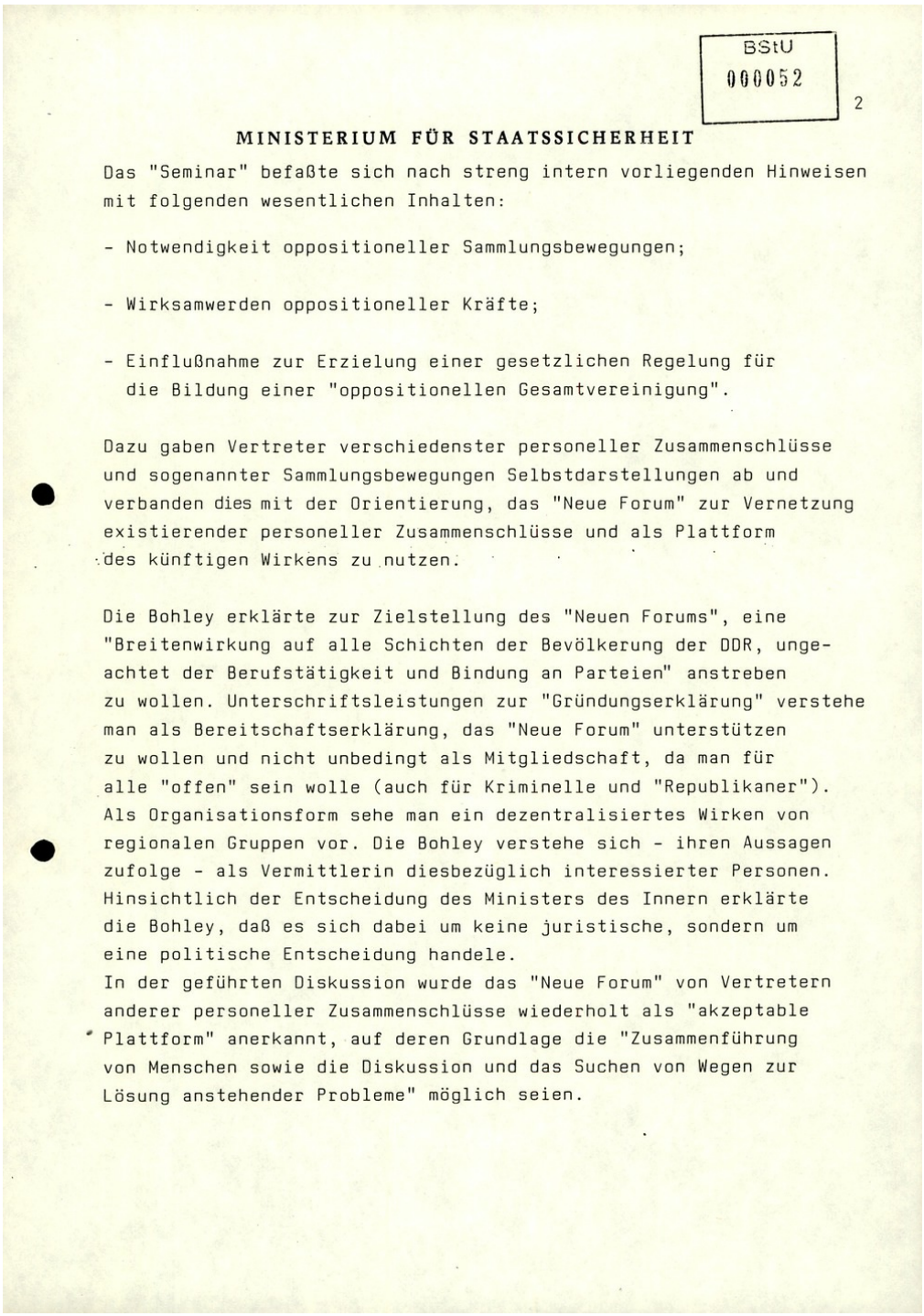
Das in der Information Nr. 416/89 vom 19. September 1989 angeführte Seminar zu "Fragen der Gründung von Vereinigungen und Organisationen mit oppositionellem Charakter in der DDR" fand wie geplant am 24. September 1989 in der Markuskirchengemeinde in Leipzig statt.

Bei den damit verfolgten Bestrebungen, sich über das weitere Vorgehen zu verständigen, nahm die Reaktion auf die Veröffentlichung der Mitteilung des Ministers des Innern vom 22. September 1989 über die Ablehnung des Antrages zur Bildung des "Neuen Forums" einen wesentlichen Platz ein. Unter den ca. 80 Teilnehmern des Seminars, vorwiegend Vertreter verschiedener personeller Zusammenschlüsse aus fast allen Bezirken der DDR, befand sich demzufolge eine Reihe der Erstunterzeichner der "Gründungserklärung" des "Neuen Forums" wie Bärbel Bohley/Berlin, Frank Eigenfeld/Halle und der Organisator des Leipziger Seminars, Michael Arnold.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 51

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



BStU
000052

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Das "Seminar" befaßte sich nach streng intern vorliegenden Hinweisen mit folgenden wesentlichen Inhalten:

- Notwendigkeit oppositioneller Sammlungsbewegungen;

- Wirksamwerden oppositioneller Kräfte;

- Einflußnahme zur Erzielung einer gesetzlichen Regelung für die Bildung einer "oppositionellen Gesamtvereinigung".

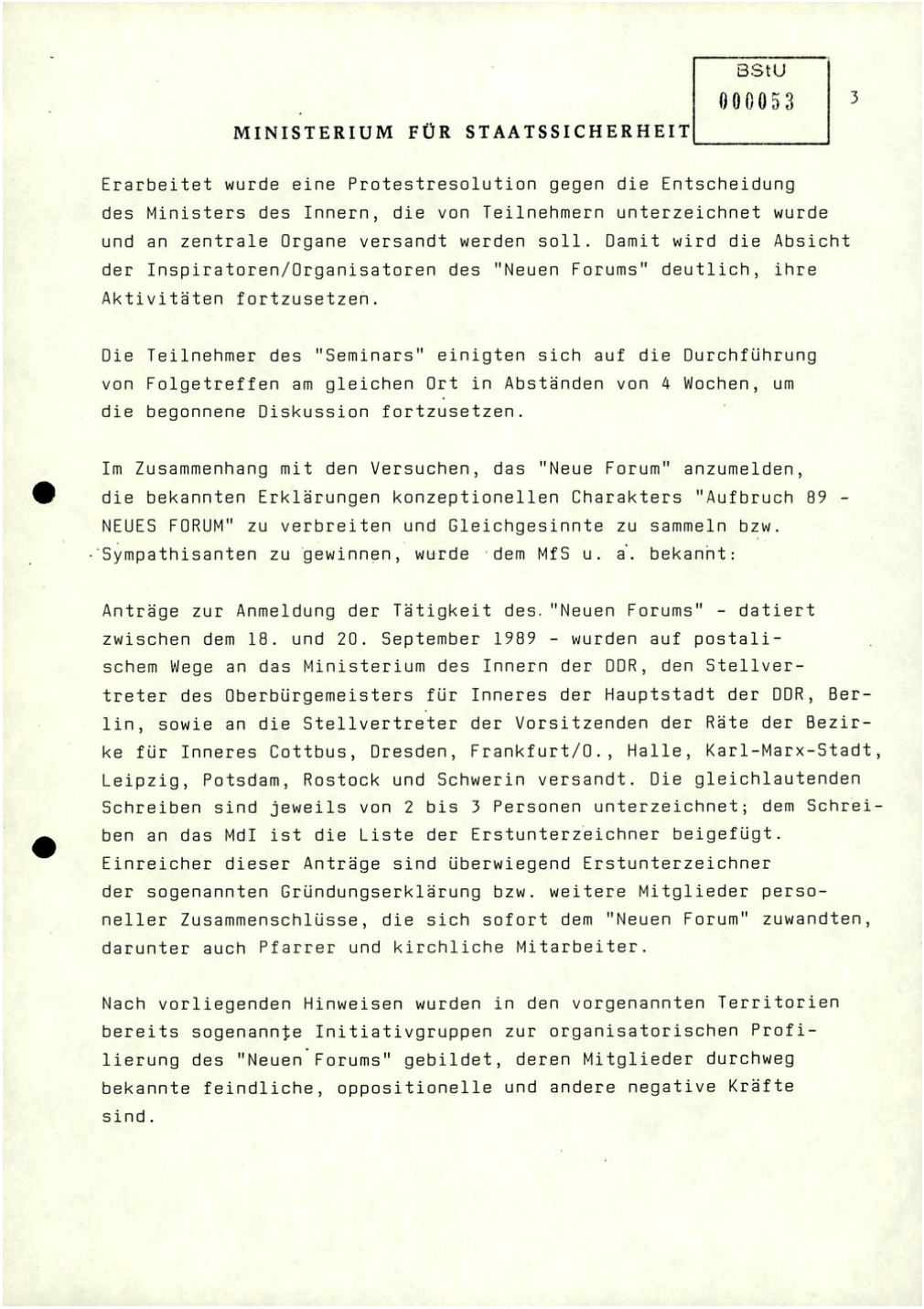
Dazu gaben Vertreter verschiedenster personeller Zusammenschlüsse und sogenannter Sammlungsbewegungen Selbstdarstellungen ab und verbanden dies mit der Orientierung, das "Neue Forum" zur Vernetzung existierender personeller Zusammenschlüsse und als Plattform des künftigen Wirkens zu nutzen.

Die Bohley erklärte zur Zielstellung des "Neuen Forums", eine "Breitenwirkung auf alle Schichten der Bevölkerung der DDR, ungeachtet der Berufstätigkeit und Bindung an Parteien" anstreben zu wollen. Unterschriftsleistungen zur "Gründungserklärung" verstehe man als Bereitschaftserklärung, das "Neue Forum" unterstützen zu wollen und nicht unbedingt als Mitgliedschaft, da man für alle "offen" sein wolle (auch für Kriminelle und "Republikaner"). Als Organisationsform sehe man ein dezentralisiertes Wirken von regionalen Gruppen vor. Die Bohley verstehe sich - ihren Aussagen zufolge - als Vermittlerin diesbezüglich interessierter Personen. Hinsichtlich der Entscheidung des Ministers des Innern erklärte die Bohley, daß es sich dabei um keine juristische, sondern um eine politische Entscheidung handele.
In der geführten Diskussion wurde das "Neue Forum" von Vertretern anderer personeller Zusammenschlüsse wiederholt als "akzeptable Plattform" anerkannt, auf deren Grundlage die "Zusammenführung von Menschen sowie die Diskussion und das Suchen von Wegen zur Lösung anstehender Probleme" möglich seien.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 52

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



BStU
000053

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Erarbeitet wurde eine Protestresolution gegen die Entscheidung des Ministers des Innern, die von Teilnehmern unterzeichnet wurde und an zentrale Organe versandt werden soll. Damit wird die Absicht der Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" deutlich, ihre Aktivitäten fortzusetzen.

Die Teilnehmer des "Seminars" einigten sich auf die Durchführung von Folgetreffen am gleichen Ort in Abständen von 4 Wochen, um die begonnene Diskussion fortzusetzen.

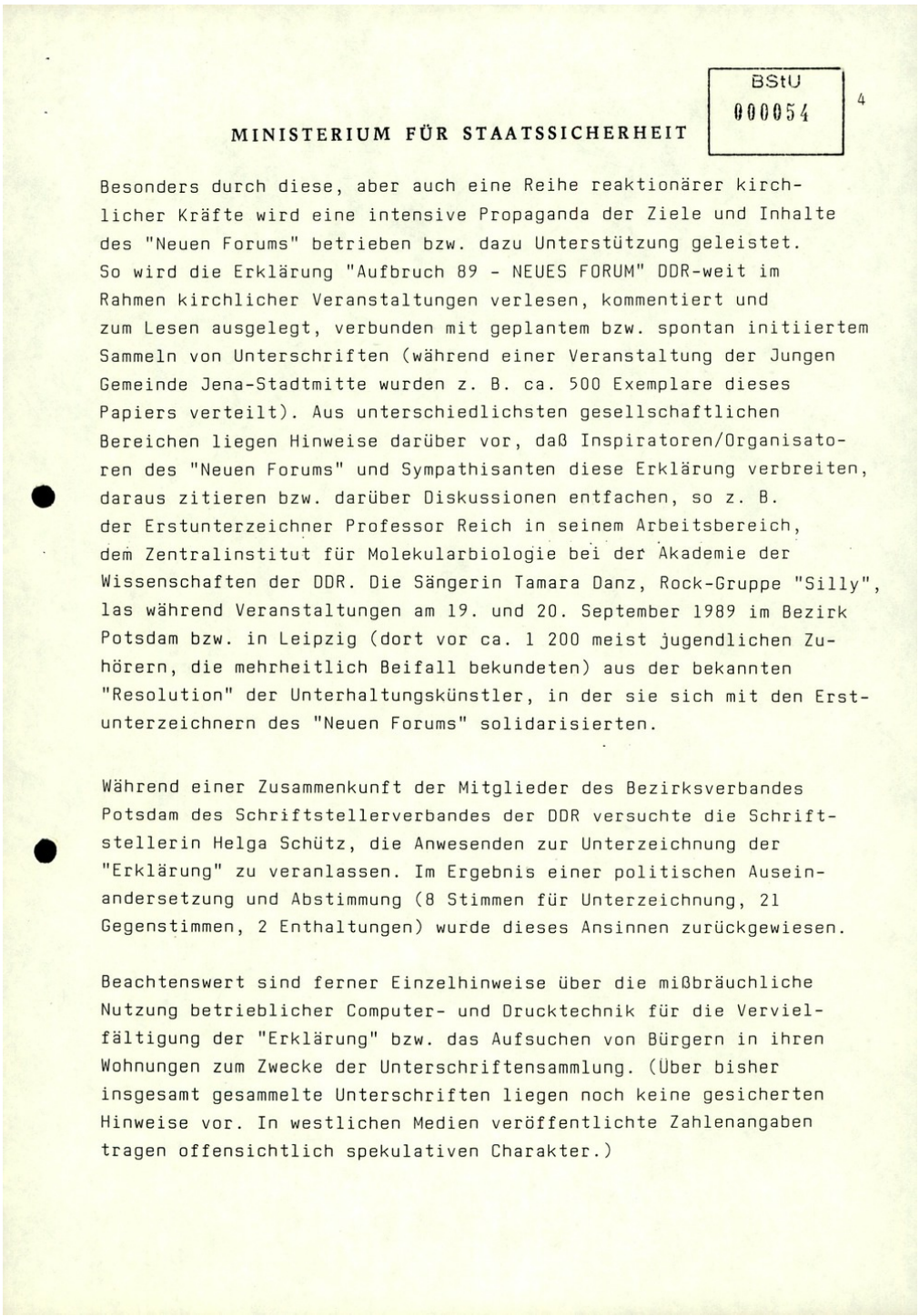
Im Zusammenhang mit den Versuchen, das "Neue Forum" anzumelden, die bekannten Erklärungen konzeptionellen Charakters "Aufbruch 89 - NEUES FORUM" zu verbreiten und Gleichgesinnte zu sammeln bzw. Sympathisanten zu gewinnen, wurde dem MfS u. a. bekannt:

Anträge zur Anmeldung der Tätigkeit des "Neuen Forums" - datiert zwischen dem 18. und 20. September 1989 - wurden auf postalischem Wege an das Ministerium des Innern der DDR, den Stellvertreter des Oberbürgemeisters für Inneres der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie an die Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres Cottbus, Dresden, Frankfurt/O., Halle, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Potsdam, Rostock und Schwerin versandt. Die gleichlautenden Schreiben sind jeweils von 2 bis 3 Personen unterzeichnet; dem Schreiben an das MdI ist die Liste der Erstunterzeichner beigefügt. Einreicher dieser Anträge sind überwiegend Erstunterzeichner der sogenannten Gründungserklärung bzw. weitere Mitglieder personeller Zusammenschlüsse, die sich sofort dem "Neuen Forum" zuwandten, darunter auch Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter.

Nach vorliegenden Hinweisen wurden in den vorgenannten Territorien bereits sogenannte Initiativgruppen zur organisatorischen Profilierung des "Neuen Forums" gebildet, deren Mitglieder durchweg bekannte feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte sind.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



BStU
000054

4

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Besonders durch diese, aber auch eine Reihe reaktionärer kirchlicher Kräfte wird eine intensive Propaganda der Ziele und Inhalte des "Neuen Forums" betrieben bzw. dazu Unterstützung geleistet. So wird die Erklärung "Aufbruch 89 - NEUES FORUM" DDR-weit im Rahmen kirchlicher Veranstaltungen verlesen, kommentiert und zum Lesen ausgelegt, verbunden mit geplantem bzw. spontan initiiertem Sammeln von Unterschriften (während einer Veranstaltung der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte wurden z. B. ca. 500 Exemplare dieses Papiers verteilt). Aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen liegen Hinweise darüber vor, daß Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" und Sympathisanten diese Erklärung verbreiten, daraus zitieren bzw. darüber Diskussionen entfachen, so z. B. der Erstunterzeichner Professor Reich in seinem Arbeitsbereich, dem Zentralinstitut für Molekularbiologie bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die Sängerin Tamara Danz, Rock-Gruppe "Silly", las während Veranstaltungen am 19. und 20. September 1989 im Bezirk Potsdam bzw. in Leipzig (dort vor ca. 1 200 meist jugendlichen Zuhörern, die mehrheitlich Beifall bekundeten) aus der bekannten "Resolution" der Unterhaltungskünstler, in der sie sich mit den Erstunterzeichnern des "Neuen Forums" solidarisierten.

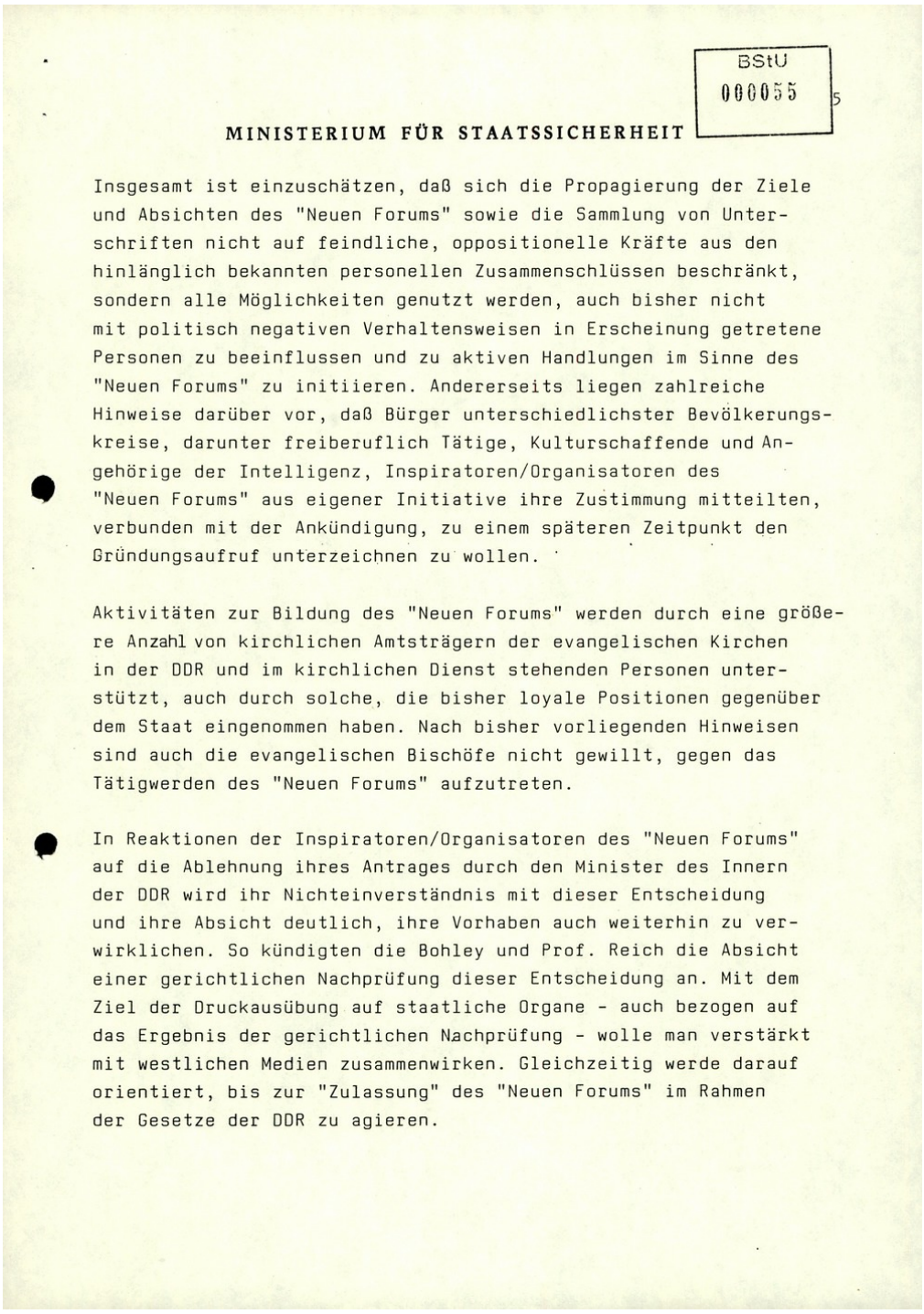
Während einer Zusammenkunft der Mitglieder des Bezirksverbandes Potsdam des Schriftstellerverbandes der DDR versuchte die Schriftstellerin Helga Schütz, die Anwesenden zur Unterzeichnung der "Erklärung" zu veranlassen. Im Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung und Abstimmung (8 Stimmen für Unterzeichnung, 21 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen.

Beachtenswert sind ferner Einzelhinweise über die mißbräuchliche Nutzung betrieblicher Computer- und Drucktechnik für die Vervielfältigung der "Erklärung" bzw. das Aufsuchen von Bürgern in ihren Wohnungen zum Zwecke der Unterschriftensammlung. (Über bisher insgesamt gesammelte Unterschriften liegen noch keine gesicherten Hinweise vor. In westlichen Medien veröffentlichte Zahlenangaben tragen offensichtlich spekulativen Charakter.)

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 54

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



BStU
000055

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Insgesamt ist einzuschätzen, daß sich die Propagierung der Ziele und Absichten des "Neuen Forums" sowie die Sammlung von Unterschriften nicht auf feindliche, oppositionelle Kräfte aus den hinlänglich bekannten personellen Zusammenschlüssen beschränkt, sondern alle Möglichkeiten genutzt werden, auch bisher nicht mit politisch negativen Verhaltensweisen in Erscheinung getretene Personen zu beeinflussen und zu aktiven Handlungen im Sinne des "Neuen Forums" zu initiieren. Andererseits liegen zahlreiche Hinweise darüber vor, daß Bürger unterschiedlichster Bevölkerungskreise, darunter freiberuflich Tätige, Kulturschaffende und Angehörige der Intelligenz, Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" aus eigener Initiative ihre Zustimmung mitteilten, verbunden mit der Ankündigung, zu einem späteren Zeitpunkt den Gründungsaufruf unterzeichnen zu wollen.

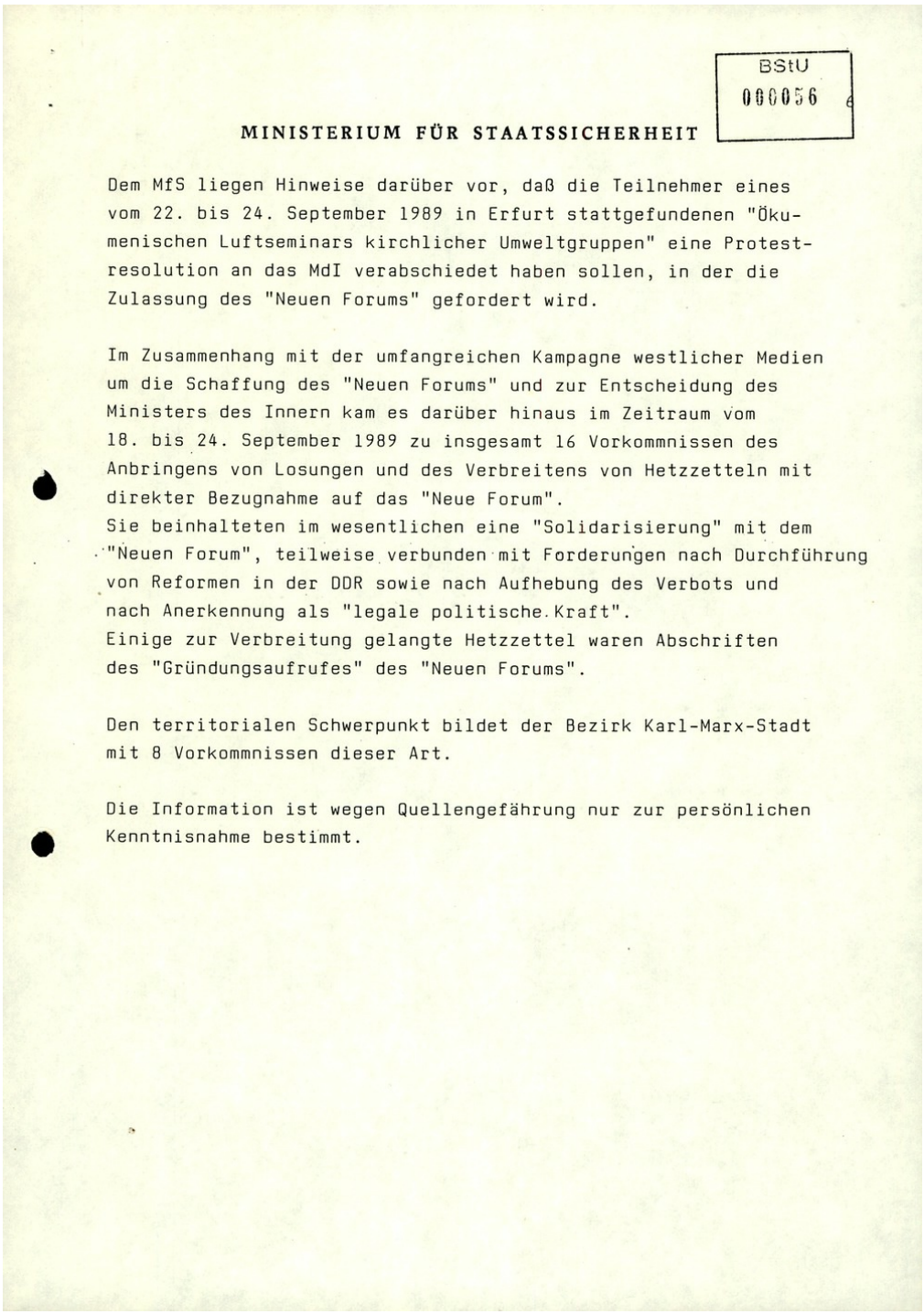
Aktivitäten zur Bildung des "Neuen Forums" werden durch eine größere Anzahl von kirchlichen Amtsträgern der evangelischen Kirchen in der DDR und im kirchlichen Dienst stehenden Personen unterstützt, auch durch solche, die bisher loyale Positionen gegenüber dem Staat eingenommen haben. Nach bisher vorliegenden Hinweisen sind auch die evangelischen Bischöfe nicht gewillt, gegen das Tätigwerden des "Neuen Forums" aufzutreten.

In Reaktionen der Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" auf die Ablehnung ihres Antrages durch den Minister des Innern der DDR wird ihr Nichteinverständnis mit dieser Entscheidung und ihre Absicht deutlich, ihre Vorhaben auch weiterhin zu verwirklichen. So kündigten die Bohley und Prof. Reich die Absicht einer gerichtlichen Nachprüfung dieser Entscheidung an. Mit dem Ziel der Druckausübung auf staatliche Organe - auch bezogen auf das Ergebnis der gerichtlichen Nachprüfung - wolle man verstärkt mit westlichen Medien zusammenwirken. Gleichzeitig werde darauf orientiert, bis zur "Zulassung" des "Neuen Forums" im Rahmen der Gesetze der DDR zu agieren.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 55

Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



BStU
000056

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Dem MfS liegen Hinweise darüber vor, daß die Teilnehmer eines vom 22. bis 24. September 1989 in Erfurt stattgefundenen "Ökumenischen Luftseminars kirchlicher Umweltgruppen" eine Protestresolution an das MdI verabschiedet haben sollen, in der die Zulassung des "Neuen Forums" gefordert wird.

Im Zusammenhang mit der umfangreichen Kampagne westlicher Medien um die Schaffung des "Neuen Forums" und zur Entscheidung des Ministers des Innern kam es darüber hinaus im Zeitraum vom 18. bis 24. September 1989 zu insgesamt 16 Vorkommnissen des Anbringens von Losungen und des Verbreitens von Hetzzetteln mit direkter Bezugnahme auf das "Neue Forum".
Sie beinhalteten im wesentlichen eine "Solidarisierung" mit dem "Neuen Forum", teilweise verbunden mit Forderungen nach Durchführung von Reformen in der DDR sowie nach Aufhebung des Verbots und nach Anerkennung als "legale politische Kraft".
Einige zur Verbreitung gelangte Hetzzettel waren Abschriften des "Gründungsaufrufes" des "Neuen Forums".

Den territorialen Schwerpunkt bildet der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 8 Vorkommnissen dieser Art.

Die Information ist wegen Quellengefährung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Signatur: BStU, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 56